

HAUPT-, WIRTSCHAFTS- UND BETEILIGUNGS-AUSSCHUSS

Auszug
aus der Niederschrift
der Sitzung vom 01.06.2017

Zu Punkt 7

Konversion der von den britischen Streitkräften genutzten Liegenschaften in Bielefeld hier: Runder Tisch Konversion

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 4843/2014-2020

Drucksachennummer: 4947/2014-2020 (Antrag der Fraktion Die Linke)

Drucksachennummer: 4963/2014-2020 (Gemeinsamer Antrag der
Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen und der Gruppe
Bürgernähe/Piraten)

Frau Schmidt (Die Linke) resümiert die bisherige Arbeit in Sachen Konversion als offenen, transparenten Beteiligungsprozess. Die bewusste Extraktion eines Wohngebietes sei jedoch kein Ergebnis der bisherigen Diskussionen und so nicht zu akzeptieren. Neben dem eigenen Änderungsantrag liege auch ein Änderungsantrag der Koalition vor. Da dieser exakter formuliert sei, wolle Frau Schmidt den Antrag ihrer Fraktion zurückziehen und den Antrag der Koalition unterstützen.

Herr Julkowski-Keppler (Bündnis 90/Die Grünen) sieht einzig in Punkt 2 der Vorlage einen Dissens. Der Runde Tische sei eine Bereicherung für den Prozess mit seiner Bündelung unterschiedlichster Interessen und Kenntnisse. Daher solle er sich auch mit allen Wohnstandorten befassen. Darüber hinaus blieben die Rechte der Bezirksvertretung unberührt und das Erstzugriffsrecht der Stadt Bielefeld gewährleistet.

Herr Helling (CDU) zweifelt an der Sinnhaftigkeit, alle Wohnstandorte z.B. auch in Brackwede, nochmals zur Disposition zu stellen. Der Entscheidungsprozess aller beteiligten Gremien verbräuche dann zu viel Zeit, die angesichts der Bedarfe in Bielefeld nicht zur Verfügung stehe. Die Wohnstandorte seien nicht das Problem. Die CDU-Fraktion sei bereit gewesen, die Verwaltungsvorlage als Konzept zu beschließen. Sollte dies nun noch verändert werden, könne seine Fraktion sich nicht mehr daran beteiligen.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) wertet den Runden Tisch auch als Einfallstor verschiedenster Ideologien. Angesichts des aktuellen großen Wohnraumbedarfes und der vorgesehenen Bürgerbeteiligung sei eine erneute Befassung aller Wohnstandorte nicht angezeigt.

Herr Heißenberg (Bürgernähe/Piraten) sieht im Änderungsantrag einen Kompromiss, um alle Anforderungen angemessen zu berücksichtigen. Er habe volles Vertrauen in die begleitende Kompetenz der Fachverwaltung und bittet alle Beteiligten, sich einem gemeinsamen Planungsprozess wieder anzuschließen.

Frau Becker (BfB) sieht den bisherigen Konversionsprozess als zeitintensives Wechselspiel zwischen Politik und Verwaltung. Die Vorlage beinhalte nicht die abgestimmte Planung zur Verwendung oder Umgestaltung der vorhandenen Objekte, sondern das Ergebnis eines zähen Ringens, wer in welcher Form beteiligt werden solle. Und selbst dazu gebe es nun Änderungsanträge. Die für die Arbeit des „Runden Tisches“ benannten Themenfelder seien in der Fachverwaltung kompetent vorhanden und sollten dort auch genutzt werden. Aufgabe der Politik sei die Vorgabe der Ziele, Aufgabe der Verwaltung deren Umsetzung. Die vor Jahren erfolgte Umgestaltung der Harrogate Kaserne sei ein gelungenes Beispiel für die kurzfristige Entwicklung eines neuen Wohnkonzeptes gewesen. Die aktuellen Aktivitäten im Rahmen des „Runden Tisches“ blieben weit dahinter zurück und blockierten wichtige städtebauliche Entwicklungen.

Herr Beigeordneter Moss erläutert die Historie mit der finalen Zuständigkeit des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses für die Konversion. Auf Wunsch der Politik sei der „Runde Tisch“ gebildet worden, ohne die Entscheidungskompetenz dort zu verankern. Zwischen dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss und dem Runden Tisch sei ein Steuerungskreis Konversion installiert worden. Die Ergebnisse einer Öffentlichkeitsbeteiligung am 15.02.2017 habe der Steuerungskreis in zwei Sitzungen diskutiert und eine Empfehlung abgegeben, die in der Verwaltungsvorlage nun zur Beschlussfassung vorliege. Diese Beschlussfassung solle nun durch politische Anträge verändert werden.

Herr Oberbürgermeister Clausen reduziert die Diskussion auf die Frage der größeren Einflussnahme durch die Bezirksvertretungen oder den „Runden Tisch“. Er berichtet von seinem Gespräch mit dem Chef der Bundesagentur für Immobilienaufgaben (BIMA), der geraten habe, möglichst frühzeitig Gespräche mit der BIMA aufzunehmen. Dies nehme der Antrag der Koalition in Form von Konversionsverabredungen mit der BIMA auf. Die zur Verfügung stehende Zeit bis zum Abzug der britischen Streitkräfte im Jahr 2019 ermögliche den Versuch, die lokale Kompetenz der Bezirksvertretungen und die fachliche Kompetenz des „Runden Tisches“ einzubinden. Er appelliert an alle Fraktionen, sich daran zu beteiligen.

Herr Julkowski-Keppler (Bündnis 90/Die Grünen) erkennt keine ideologischen Absichten im vorliegenden Änderungsantrag. Dieser nehme lediglich die immer in der Diskussion gestandene Gesamtheit aller Wohnstandorte auf. Er zitiert aus dem Protokoll des Steuerungskreises eine Aussage von Herrn Dodenhoff (Bauamt), demnach die Kasernen- und Wohnstandorte im Kontext der Stadtentwicklung teilweise schwierig zu trennen seien. Er bittet die CDU-Fraktion, sich auch weiterhin am Verfahren zu beteiligen.

Herr Beigeordneter Moss relativiert die zitierte Aussage von Herrn Dodenhoff in Bezug auf den räumlichen engen Zusammenhang von Wohn- und Kasernenstandorten. Zu beachten sei aber auch die Sorge der Bewohner/-innen, die Entwicklung ihres Quartieres nicht mehr beeinflussen zu können.

Da der Antrag der Fraktion Die Linke von Frau Schmidt zurückgezogen wurde, erfolgt nun die

Abstimmung über den gemeinsamen Antrag von SPD, Bündnis90/Die Grünen, Bürgernähe /Piraten und Die Linke vom 31.05.2017:

1. Den Empfehlungen der Steuerungsgruppe Konversion zur Struktur und Arbeitsweise des Runden Tisches Konversion wird zu den Punkten 1, 3, 4, 5 und 6 zugestimmt.
2. Der Punkt 2 erhält folgende neue Fassung:

Der Runde Tisch soll sich mit den Kasernen und den Wohnstandorten befassen. Die Empfehlungen des Runden Tisches zu den Wohnstandorten werden an die jeweils zuständige Bezirksvertretung adressiert, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit Empfehlungen an den StEA formuliert.

Vor dem Hintergrund des deutlichen Wohnraumbedarfes in der Stadt Bielefeld soll die „Erstzugriffsoption“ durch die Stadt Bielefeld oder ein mehrheitlich von der Stadt beherrschtes Unternehmen – sofern wirtschaftlich und städtebaulich darstellbar – ausgeübt werden. Mit der BlmA soll eine Konversionsvereinbarung getroffen werden, um die kommunalen wohnungswirtschaftlichen und städtebaulichen Ziele im Konversionsprozess gemeinsam umzusetzen.

-mit Mehrheit beschlossen-

Auf Grundlage des geänderten Beschlussvorschlages fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss sodann folgenden

Beschluss:

1. **Den Empfehlungen der Steuerungsgruppe Konversion zur Struktur und Arbeitsweise des Runden Tisches Konversion wird zu den Punkten 1, 3, 4, 5 und 6 zugestimmt.**
2. **Der Runde Tisch soll sich mit den Kasernen und den Wohnstandorten befassen. Die Empfehlungen des Runden Tisches zu den Wohnstandorten werden an die jeweils zuständige Bezirksvertretung adressiert, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit Empfehlungen an den StEA formuliert.
Vor dem Hintergrund des deutlichen Wohnraumbedarfes in der Stadt Bielefeld soll die „Erstzugriffsoption“ durch die Stadt Bielefeld oder ein mehrheitlich von der Stadt**

beherrschtes Unternehmen – sofern wirtschaftlich und städtebaulich darstellbar – ausgeübt werden. Mit der BImA soll eine Konversionsvereinbarung getroffen werden, um die kommunalen wohnungswirtschaftlichen und städtebaulichen Ziele im Konversionsprozess gemeinsam umzusetzen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-